Karstadt

„Kluge Gedanken“

Ver.di-Vertreter **Arno Peukes,** 51, Mitglied im Karstadt-Aufsichtsrat, über die Zukunft der Warenhauskette unter dem neuen Eigentümer René Benko

SPIEGEL: Nach der Aufsichtsratssitzung vorige Woche steht fest, dass es unter dem neuen Investor zu einem sofortigen Stellenabbau und Filialschließungen bei Karstadt kommen wird. Hat Sie das überrascht?
Peukes: Für die Arbeitnehmerseite galt bislang folgende Zusicherung: Ja, es gibt 23 Filialen, die unter besonderer Beobachtung stehen – aber im ersten Schritt werden keine Häuser geschlossen, sondern individuelle Konzepte für diese Standorte erarbeitet. Mit der Nachricht, auf einen Schlag sechs Häuser zu schließen und rund 350 Stellen abzubauen, stellt der neue Eigentümer unser Vertrauen ernsthaft auf die Probe.
SPIEGEL: Schon wird in Handelskreisen wieder spekuliert, Benko wolle auch Kaufhof erwerben und eine Deutsche Warenhaus AG gründen. Stimmt das?
Peukes: Über die langfristigen Pläne von Herrn Benko bin ich nicht im Bilde. Ich glaube aber, dass der deutsche Markt groß genug ist für zwei Unternehmen. Das aktuelle Karstadt-Zukunftskonzept sehe ich grundsätzlich als positives Signal. Auch wenn ich einzelne Kritikpunkte habe: Da hat sich jemand kluge Gedanken über die Zukunft des Warenhauses in Deutschland gemacht. Das ist ein großer Fortschritt gegenüber der Zeit, die wir zuvor unter Nicolas Berggruen erlebt haben.
SPIEGEL: Auf Sicht sollen bei Karstadt von 17 000 Mitarbeitern gut 2000 ihre Jobs verlieren.
Peukes: Das ist für die Angestellten natürlich die reinste Demotivation. Auf der einen Seite heißt es, die Kunden wünschten qualifizierte Beratung – aber wieso setzt man dann genau hier den Rotstift an? Die Leute haben große Angst um ihre Jobs, das ist für das Weihnachtsgeschäft keine gute Voraussetzung. one

Fußnote

190 000

Mobiltelefone werden jedes Jahr in Londoner Taxis vergessen, so die Datensicherheitsfirma ESET. Bei der Hälfte sei der Zugang zu Daten vollkommen ungesichert.

Online-Piraterie

Justiz jagt Kinoportal-Betreiber

Sächsische Ermittler haben vorige Woche im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Dresden in einer groß angelegten Razzia die Betreiber des Onlineportals Kinox.to aufzuspüren versucht. Die Seite, die auf raubkopierte Medieninhalte wie aktuelle Kinofilme verlinkt, rangiert unter den Top 50 der von Deutschland aus besuchten Webangebote.
Eine Spezialeinheit stürmte ein Wohnhaus in einem Ort nahe Lübeck, in dem die Hauptbeschuldigten, zwei Brüder im Alter von 25 und 21 Jahren, bei ihren Eltern leben. Die Staatsanwaltschaft wirft den Brüdern, die nicht angetroffen wurden, neben gewerbsmäßiger Urheberrechtsverletzung und Steuerhinterziehung auch räuberische Erpressung und Brandstiftung vor. Zwei weitere Haftbefehle gegen führende Köpfe wurden im Raum Neuss und in Düsseldorf vollstreckt. Insgesamt durchsuchten Fahnder sechs Wohn- und Geschäftsräume in vier Bundesländern. Bei einem Zahlungsdienstleister in Berlin seien „Vermögenswerte sichergestellt“ worden, so der Dresdner Oberstaatsanwalt Wolfgang Klein. Nach den Brüdern werde nun „europaweit gefahndet“. Die mutmaßlichen Kinox.to-Betreiber unterhielten offenbar bereits Kontakte zu den Machern des Vorläufers Kino.to, die teils zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Neben der fast identischen Nachahmerseite sollen sie eigene Filehoster wie Freakshare.com und Bitshare.com betrieben haben, also Speicherdienste, auf denen die häufig illegalen Inhalte lagern.
Geld verdienten die Beschuldigten demnach mit Abomodellen für diese Filehoster sowie mit Onlinewerbung. Allein die Höhe der hinterzogenen Steuergelder taxieren die Ermittler auf mehr als eine Million Euro. In einer Mail an ihre Mitglieder sprach die Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen (GVU) von einem „illegalen“ und „rein kommerziellen“ System. Die GVU rechnet den Beschuldigten weitere Angebote zu – darunter das Portal Movie4k.to sowie Seiten wie Boerse.sx und Mygully.com, über die raubkopierte Spiele, Software und E-Books angeboten werden. mro

Strom

Höhere Lasten für Haushalte

Energieintensive Betriebe können im Jahr 2015 rund 800 Millionen Euro sogenannter Netznutzungsgebühren auf normale Stromkunden abwälzen. Das sind rund 200 Millionen Euro mehr als im Jahr 2014. Für einen Haushalt verteuert sich die jährliche Stromrechnung damit im Schnitt um rund fünf Euro.
Die Netznutzungsgebühren waren in der Vergangenheit bereits umstritten, da sie nicht nur besonders belasteten Unternehmen, sondern auch Golfplatzbetreibern, Lebensmittel-Discountern oder Fast-Food-Ketten zugutekamen. Nach Protesten der Grünen und von Verbraucherverbänden hatte der Gesetzgeber strengere Regeln versprochen.
Doch genau die scheinen noch nicht zu greifen, wie aus einer Anfrage der grünen Bundestagsabgeordneten Bärbel Höhn hervorgeht. Danach steigt die Anzahl der Betriebe, die von der Netzabgabe befreit werden, noch weiter an. Bis zum 30. September 2014 seien mehr als tausend neue Anzeigen eingegangen, heißt es in dem Antwortschreiben der Bundesregierung. fdo

FOTOS: ROLAND MAGUNIA / HAMBURGER ABENDBLATT (O.); LAURENCE MOUTON / PHOTOALTO / LAIF (U.)